

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 10

Artikel: Der 12. Dezember und die Neutralität der Gewerkschaften
Autor: Bratschi, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE R EVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Der 12. Dezember und die Neutralität der Gewerkschaften.

Von *Robert Bratschi.*

I.

In einer Broschüre «Der 12. Dezember des Bürgertums» hat Genosse Grimm zu den letzten Bundesratswahlen in rückschauender Weise Stellung bezogen. Er hat den interessanten Versuch unternommen, die tiefern Gründe des Mißerfolges der sozialdemokratischen Kandidatur bloßzulegen. Die Arbeit des Genossen Grimm ist an sich in hohem Grade verdienstlich. Jeder marxistisch denkende Arbeiter wird seinen lebendigen Ausführungen über die soziologische Entwicklung und Umgestaltung der letzten zehn Jahre mit Interesse und sicher auch mit lebhafter Zustimmung folgen. Es ist auch erfreulich, daß Genosse Grimm aus seinem Herzen keine Mördergrube macht und als Gegner der Beteiligung unserer Partei am Bundesrat ein gewisses Behagen über den Ausgang der Wahlen nicht zu unterdrücken versucht. Vollständig falsch wäre es aber, aus dem Wahlausgang oder aus den Darlegungen des Genossen Grimm etwa den Schluß ziehen zu wollen, daß der Entscheid des Basler Parteitages unrichtig gewesen wäre. Der Parteitag hat seinen Beschluß nicht im Hinblick auf die zu erwartende Einsicht der bürgerlichen Mehrheit im Parlament gefaßt. Er tat es im Gegenteil ausschließlich gestützt auf die Größe und Kraft der eigenen Partei und den daraus fließenden Anspruch auf eine Vertretung, also vollständig unabhängig und losgelöst von der Einstellung des Bürgertums. Dieser Standpunkt ist von den Anhängern der Beteiligung sowohl auf dem Parteitag selbst als auch in der vorangegangenen Diskussion mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Ueber die gesellschaftliche Entwicklung und die politischen Kräfteverhältnisse war bei

Anhängern und Gegnern der Beteiligung vor und nach den Wahlen sicher nur eine Meinung. Ebenso über den Geist des maßgebenden schweizerischen Bürgertums. Die Zahl der enttäuschten Parteigenossen dürfte daher nach den Wahlen nicht sehr groß gewesen sein.

Enttäuscht mögen sehr viele gewesen sein, die bis dahin die tiefern Gründe des politischen Geschehens noch nicht erfaßt, ja sich mit politischen Fragen überhaupt noch sehr wenig befaßt hatten, die aber gefühlsmäßig für eine Vertretung unserer Partei im Bundesrat eingestanden sind, weil der Anspruch auch nach ihrer Ansicht berechtigt gewesen ist. Sicherlich kann man mit dem Gefühl allein keine Politik machen, aber niemand bestreitet, daß es in politischen Dingen eine sehr große Rolle spielt. Wenn weite Kreise des Volkes, die gefühlsmäßig für eine Vertretung unserer Partei im Bundesrat eingetreten sind, durch den Ausgang der Wahlen enttäuscht worden sind, so ist das für uns kein Nachteil. Je größer die Ueberzeugung von der Begründetheit unseres Anspruches und auch die daherige Enttäuschung bei dessen Negierung gewesen ist, desto besser für unsere Sache. Es gibt breite Volksmassen, die bis dahin die ganze gesellschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre in unserm Lande und in allen andern Ländern nicht näher verfolgt haben. Sie glaubten ehrlich an die Erklärungen und Beteuerungen linksbürgerlicher Kreise und erwarteten, daß diese bei der Wahl entsprechend handeln würden. Alle diese Bürger, zum Teil vielleicht auch Gewerkschafter, sind enttäuscht worden. Enttäuscht durch das Bürgertum, an das sie bis jetzt noch glaubten, dem sie vielleicht nahestanden! Sicher sind durch das Vorkommnis noch nicht allen die Schuppen von den Augen gefallen, viele glauben vielleicht, das nächste Mal werde das Bürgertum doch Vernunft annehmen. Für andere aber war der Ausgang der Wahlen vielleicht doch eine Art politische Götterdämmerung. Sie haben angefangen, die Welt etwas anders anzuschauen und werden nach und nach für Auffassungen zugänglich, die die sozialistische Gedankenwelt ausmachen. Wenn Genosse Grimm am Schlusse seiner Broschüre schreibt, daß wir unsere Wählerzahl erhöhen müssen, daß wir die Arbeiter zum «Bewußtsein ihrer Lage und der gesellschaftlichen Struktur» erziehen müssen, so besteht sicher wieder Uebereinstimmung der Anhänger und der Gegner der Beteiligung. Nur glauben die Anhänger, daß der 12. Dezember 1929 dank der Stellungnahme des Basler Parteitages weite Kreise nach und nach in den Kreis des Sozialismus ziehen werde, die ihm sonst auf unabsehbare Zeit ferngestanden wären. Wenn diese Ueberlegung aber richtig ist, so wird das von Genosse Grimm gesteckte Ziel, 300,000 oder 400,000 Wähler mustern zu können, im Kampfe um die Vertretung im Bundesrat rascher erreicht, als ohne diesen

Kampf. Daraus schöpfen wir die Ueberzeugung, daß die Stellungnahme des letzten Parteitages und die sicherlich ebenso schmähhliche als politisch unkluge Haltung des Bürgertums am 12. Dezember unserer Partei nur förderlich sein kann. Dabei ist ja nicht zu übersehen, daß der politische Anschauungsunterricht nicht zu Ende ist. Er wird sich in relativ kurzen Intervallen wiederholen!

II.

Die Broschüre des Genossen Grimm ist nicht nur ihres interessanten Inhaltes wegen zu begrüßen, sondern auch deshalb, weil sie möglicherweise zum Anlaß einer Aussprache über wichtige Fragen gemacht werden kann, die im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen für die schweizerische Arbeiterbewegung aufgeworfen worden sind. Eine dieser Fragen ist das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften, bzw. die Rolle, die jedem der beiden Exponenten in der schweizerischen Arbeiterbewegung in der Zukunft zufallen solle. Genosse Dr. Arthur Schmid hat dieses Problem schon in der Dezemberrnummer 1929 der «Roten Revue» angeschnitten. Es ist vielleicht besser, heute losgelöst von den Bundesratswahlen darüber zu reden, wie das Genosse Grimm in seiner Broschüre tut. Die beiden Genossen Grimm und Schmid kommen in ihren Betrachtungen zum Schluß, daß eine Zweiteilung der Arbeiterbewegung in eine gewerkschaftliche und politische auch für die Zukunft zweckmäßig und notwendig sei. Wir glauben nicht, daß über diese Hauptfrage Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenigstens sind bis dahin keine Stimmen zugunsten einer Verschmelzung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen laut geworden. Es handelt sich also nur darum, die Beziehungen so zu gestalten, daß jeder der beiden Zweige entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Aufgaben im Interesse ihrer Mitglieder und der Gesamtarbeiterbewegung und im Rahmen dieser Bewegung ihre Kraft entfalten kann.

Die politische Neutralität der Gewerkschaften wird von der Partei kaum verlangt werden. Sie war es ja, die diese Neutralität mit Recht seit Jahren als eine Heuchelei gebrandmarkt hat. Politische Neutralität in den Gewerkschaften war immer gleichbedeutend mit bürgerlicher Politik in diesen Organisationen. So ist es heute noch bei den Christlichsozialen, die nichts anderes als die Vasallen der Katholisch-Konservativen Partei sind und mit dieser Partei jede arbeiterfeindliche Politik mitmachen. So ist es bei der Gruppe sogenannter freier Schweizer Arbeiter, die in einem ähnlichen Verhältnis zum Freisinn steht, wie die paar christlichsozialen Arbeiter zu den Katholisch-Konservativen. So ist es auch überall im Ausland, wo ähnliche gewerkschaftliche Organisationen bestehen. Ein Schulbeispiel dafür

haben soeben die christlichsozialen Arbeiter Deutschlands geliefert, die dank ihrer Bindung mit dem katholischen Zentrum die erzreaktionäre Finanzpolitik des Bürgerblocks retten mußten. Glücklicherweise gibt es in der Schweiz keine große Gewerkschaft mehr, die die Heuchelei der politischen Neutralität predigt. Damit wird in keiner Weise zum Ausdruck gebracht, daß nun die nicht bürgerlichen Gewerkschaften einfach sozialistisch geworden seien und auf diese Weise die Partei ersetzen könnten. Davon ist keine Rede. Die Gewerkschaften stehen aber heute auf dem Boden der politischen Unabhängigkeit. Sie haben sich damit zum Standpunkt durchgerungen, zu politischen Fragen immer dann Stellung zu nehmen, wenn sie als Organisationen oder ihre Mitglieder im einzelnen daran interessiert sind. Die Gewerkschaften machen damit innerhalb der Arbeiterbewegung ungefähr das, was die Arbeitgeberverbände im Bürgertum tun. Sicherlich kann nicht die Rede davon sein, den Gewerkschaften eine solche Tätigkeit streitig zu machen, denn sie haben nicht die Absicht, die Bewegung so zu beherrschen, wie Banken und Industrie die bürgerlichen Parteien kommandieren. Sie wünschen nur in allen Fragen, die sie interessieren, auch dann, wenn sie auf politischem Kampffeld entschieden werden, gehört zu werden und mitzureden. Genosse Grimm hat natürlich recht, wenn er annimmt, daß dieser Wunsch nicht dem Bedürfnis entspreche, daß der eine oder andere Gewerkschaftsführer sich persönlich mehr Geltung verschaffen möchte. Dieses Bedürfnis, soweit es besteht, kann in einer großen Gewerkschaft von heute sicherlich reichlich befriedigt werden. Der Wunsch entspringt vielmehr der Umstellung, die im gewerkschaftlichen Kampf als Folge der Kartellierung und des Zusammenschlusses in Industrie und Gewerkschaften selbst eingetreten ist. Genosse Grimm weist selber darauf hin und nennt die neue Form der Auseinandersetzungen «Diplomatie der Gewerkschaften». Tatsächlich spielen die Verhandlungen in neuerer Zeit eine größere Rolle als früher. Sie sind wieder eine Folge der eingetretenen Konzentration und daherigen Stärkung auch bei den Gewerkschaften. Es ist nicht mehr wegen jeder Einzelfrage nötig, einen Streik durchzuführen. Es stehen andere Mittel zur Verfügung. Der Streik als letztes Druckmittel muß in jeder Gewerkschaft mehr und mehr für die Entscheidung größter Fragen aufgespart werden, wenn er seine Wirkung nicht rasch verlieren soll. Noch wichtiger ist, daß die bedeutendsten Fragen des Arbeitsverhältnisses mehr und mehr der Regelung zwischen einzelnen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitern entzogen werden und zum Gegenstand gesetzlicher Beordnung gemacht werden. Damit wird der Kampf zum Teil auf das politische Gebiet herübergezogen. Es wäre müßig, sich gegen diese Entwicklung auflehnen zu wollen, ganz abge-

sehen davon, daß sie ja durchaus im Willen und in der Richtung der Bestrebungen unserer Partei liegt. Am weitesten ist sie natürlich beim Personal öffentlicher Verwaltungen und Betrieben gediehen. In Bund, Kantonen und Gemeinden entscheidet die Politik mit wenigen Ausnahmen endgültig über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Personals. Die in Betracht fallenden Mittel sind hier gegeben. Es sind solche politischer Art. Ob eine Gewerkschaft mit dem Mittel des Streiks einen Entscheid der politischen Behörden wesentlich ändern könnte, wenn die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dazu fehlen, ist zum mindesten sehr fraglich. Unter Umständen müßte sich auch unsere Partei dagegen wehren. Man erkundige sich darüber an Orten, wo wir in der Mehrheit sind. Angesichts dieser Sachlage sollen an dieser Stelle keine weiteren Worte über die praktische Bedeutung des gesetzlichen Streikverbotes verloren werden, wie es im neuen Beamten-gesetz des Bundes enthalten ist.

Die vorstehenden Ausführungen sollen in Bestätigung dessen, was Genosse Grimm schon zum Ausdruck gebracht hat, zeigen, daß es nicht im Willen des einen oder andern Gewerkschaftsführers liegen kann, ob die Gewerkschaften sich in Zukunft in politischen Fragen aktiver verhalten als in der Vergangenheit. Diese Erscheinung steht ganz einfach im Zusammenhang mit der Umgestaltung der gesellschaftlichen Grundlagen, wie sie ganz besonders in den letzten zehn Jahren in den Vordergrund getreten sind. Die wirtschaftliche Grundlage allen politischen Geschehens ist so unverhüllt an den Tag getreten, daß sie von niemandem mehr geleugnet werden kann. Die bürgerlichen Parteien klagen ja laut darüber, daß die Politik ganz «verwirtschaftet» worden sei und daß die «Ideale» alle zum Teufel seien. Die Gewerkschaften haben sich ange-deihen lassen, ihre Mitglieder auf diese Umwälzung aufmerksam zu machen. Sie waren dabei nur die gelehrigen Schüler der Partei. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist nun aber die, daß sich die Gewerkschaften auch auf den politischen Kampfboden begeben, immer dann, wenn Fragen, die sie als Organisationen oder ihre Mitglieder direkt oder indirekt betreffen, dort zur Entscheidung gelangen.

Eine solche Frage war nach Ansicht der Gewerkschaften die Beteiligung der Partei am Bundesrat. Sowohl der Gewerkschaftsbund als die einzelnen größern Gewerkschaften haben sich daher mit der Sache befaßt. Sie werden das sicher auch weiterhin tun. Ebenso werden sie wie bis dahin sich mit andern Fragen, die heute solche politischer Natur sind, das vielleicht vor kürzerer oder längerer Zeit noch nicht waren, befassen. Das dürfte sicher in Ordnung sein.

Was nottut, ist aber, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß Mei-

nungsverschiedenheiten zwischen Partei und Gewerkschaften vermieden werden können. In der Regel wird das ohne Schwierigkeiten möglich sein, indem die Ansichten von Partei und Gewerkschaften kaum weit auseinandergehen können. Bei Fragen, die für beide von so großem Interesse sind, daß sich beide offiziell damit befassen, ist es sicher gewöhnlich nicht schwer, eine einheitliche Linie zu finden, weil ja hinter beiden großen Teilen der Gesamtarbeiterbewegung die gleichen Arbeiter stehen. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Zahl der Gewerkschafter gut viermal größer ist als die Zahl der politisch organisierten Arbeiter. Nach ihrer sozialen Stellung und daher auch nach ihren wirtschaftlichen Zielen, zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede. In Fällen, wo sich die beiden Gruppen nicht einigen könnten, müßte natürlich eine Instanz entscheiden. Je nach dem Charakter der Streitfrage wird die entscheidende Instanz eine solche der Partei oder des Gewerkschaftsbundes oder beider Korporationen sein. Bis dahin ist der Weg immer gefunden worden. Man hat sich gegenseitig ausgesprochen und geeinigt, oder es war vollständig klar, welcher Instanz der endgültige Entscheid zusteht, wie das bei den Bundesratswahlen der Fall war. Nie hat man in einer Gewerkschaft die Auffassung vertreten gehört, daß etwa die Gewerkschaften selbst einen Kandidaten für den Bundesrat hätten aufstellen sollen, wenn der Parteitag die Beteiligung abgelehnt hätte. Man war sich immer und überall darüber im klaren, daß die Diskussion nur zuhanden des Parteitages gehen konnte. Daß aber der Parteitag bei wichtigen Entscheiden auch die Auffassungen der Gewerkschaften berücksichtigt, liegt sicher im Interesse der Partei und der Gesamtarbeiterbewegung.

Wenn wir die Dinge also so sehen, wie sie wirklich sind, so besteht sicher kein Anlaß zur Beunruhigung. Es ist ausgeschlossen, daß wir vor das kategorische «Entweder—Oder» gestellt werden, wie aus dem Dezember-Artikel des Genossen Dr. Arthur Schmid hervorgeht. Die Gewerkschaften werden sich weiter entwickeln und sich auch mit politischen Fragen befassen, ohne daß dadurch die Partei überflüssig würde, denn die Gewerkschaften können und werden nicht alle politischen Fragen behandeln. Sie werden das nur von Fall zu Fall und nach freiem Ermessen tun, eben wenn sie daran als Gewerkschaften besonders interessiert sind. Sehr oft wird die Partei es begrüßen, wenn die Gewerkschaften sich mit solchen politischen Fragen befassen. Wir erinnern nur an die Abstimmung über die «Lex Häberlin», oder die Arbeitszeitabstimmungen, die Schulbeispiele dafür sind, wie die Gewerkschaften gezwungen sein können, sich mit Fragen zu befassen, die formell auf politischem Boden ausgefochten werden, tatsächlich aber in erster Linie doch sie betreffen. Ob in einer spätern Zeit Gewerk-

schaften und Partei mehr ineinanderfließen, wie das heute schon bei den Christlichsozialen und den Katholisch-Konservativen in der Schweiz, und wie das da und dort im Ausland auch bei den freien Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien der Fall ist, wissen wir nicht. Ein interessantes Beispiel dieser Art ist England. Ueber das Verhältnis zwischen der allgemeinen Arbeiterpartei als eigentlicher Gewerkschaftspartei und der ihr angegliederten unabhängigen Arbeiterpartei, hat Genosse Friedrich Adler in der Nummer 8 1930 der «Roten Revue» wichtige Aufschlüsse gegeben. Ob eine solche Entwicklung in unserm Lande im Bereiche der Möglichkeit liegt, soll hier nicht untersucht werden. Sollte es der Fall sein, so liegt sie jedenfalls in so ferner Zukunft, daß Mutmaßungen darüber heute sicher sinnlos wären. Für heute und auf lange Zeit hinaus ist eine *Zweiteilung* der Arbeiterbewegung in der Schweiz nach Ansicht von Partei und Gewerkschaften zweckmäßig und notwendig. Die größere Aktivität der Gewerkschaften auf dem politischen Kampffeld aber ist eine Folge der soziologischen Wandlungen, wie sie von Genosse Grimm richtig dargestellt worden sind. Diese Aktivität so zu gestalten, daß sie der Arbeiterbewegung als Ganzes dient, ist Aufgabe der Gewerkschaften. Die natürliche Entwicklung und Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes der Gewerkschaften nicht künstlich zu hemmen, diejenige der Partei. Mag der 12. Dezember auch dazu beigetragen haben, das beidseitige Erkennen und Wollen im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu fördern, dann hat er unsere Bewegung auch auf einem Gebiete gestärkt, an das das Bürgertum bei seiner törichten Politik vom 12. Dezember kaum gedacht hat.

Zum eidgenössischen Strafgesetz.

Von Dr. Rob. Wagner, Bern.

Am 5. März 1930 fand im Nationalrat die Schlußabstimmung über den in mehreren Sessionen durchberatenen Entwurf zu einem eidgen. Strafgesetz statt. Bei nicht sehr starker Besetzung des Rates wurde dem Entwurf mit 99 gegen 5 Stimmen zugestimmt, bei Stimmenthaltung der Katholisch-Konservativen, einiger Mitglieder der Bauern- und Bürgerpartei und des Herrn Dr. Hoppeler. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß am 4. März nach eingehender Prüfung der Sachlage dem Entwurf vorläufig zuzustimmen, selbstverständlich unter Vorbehalt der endgültigen Stellungnahme der Partei gegenüber der definitiven Fassung der nun zunächst an den Ständerat gehenden Vorlage.

Für die Stimmabgabe unserer Fraktion mußte die Beant-